RECHTSWISSENSCHAFTEN
UND VERWALTUNG

Recht und Verwaltung

Stefan Stehle

Beamtenrecht Baden-Württemberg

4., aktualisierte Auflage

Kohlhammer

RECHTSWISSENSCHAFTEN
UND VERWALTUNG

Recht und Verwaltung

Stefan Stehle

Beamtenrecht Baden-Württemberg

4., aktualisierte Auflage

Kohlhammer

Beamtenrecht Baden-Württemberg

von

Professor Dr. iur. Stefan Stehle
Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl

4., aktualisierte Auflage

Verlag W. Kohlhammer

4. Auflage 2020

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-038192-6

E-Book-Formate:

pdf: ISBN 978-3-17-038193-3

epub: ISBN 978-3-17-038194-0

mobi: ISBN 978-3-17-038195-7

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Das Lehrbuch stellt das Landesbeamtenrecht Baden-Württemberg dar. Ausführlich behandelt es die grundlegenden Bereiche des Dienstrechts, wobei auch das Zusammenspiel von Beamtenstatus- und Landesbeamtengesetz deutlich gemacht wird. Weitere praxisnahe Themen (z.B. Nebentätigkeit, Disziplinar- und Personalvertretungsrecht) werden prägnant vermittelt. Es enthält viele Beispiele, Schaubilder sowie Aufgaben mit Lösungen, um die oft als schwierig empfundene Materie anschaulich und besser verständlich zu machen. Hilfreich sind dabei auch die zahlreichen Rechtsprechungsbelege und Hinweise auf weiterführende Fachliteratur.

Prof. Dr. Stefan Stehle ist Professor an der Hochschule Kehl für Arbeitsrecht, Beamtenrecht und Allgemeines Verwaltungsrecht, Dozent im Bereich des Personalrechts.

Vorwort zur vierten Auflage

Die vierte Auflage aktualisiert das Lehrbuch umfassend und bringt es auf den Stand von Februar 2020.

Neu eingearbeitet wurden insbesondere über 100 neue Urteile und Beschlüsse. Dadurch ist der Fußnotenapparat nochmals deutlich angewachsen. Dies soll dem Rechtsanwender noch größere Verlässlichkeit bieten.

Berücksichtigt wurden etwa neue Entscheidungen zum vorläufigen Rechtsschutz bei der Vergabe höherwertiger Dienstposten, zu dienstlichen Beurteilungen, zu Umsetzungen, zum Weisungsrecht, zum Disziplinarrecht, zum Thema Mehrarbeit und zum Thema Urlaubsabgeltung beim Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis; zahlreiche neue Entscheidungen betreffen schließlich die Zurruesetzung des Beamten gegen dessen Willen.

Außerdem wurden Änderungen in mehreren Laufbahnverordnungen eingearbeitet.

Tieferegehende Ausführungen finden sich nunmehr zu der Frage, welche Bachelor-Abschlüsse als „verwaltungsnah“ im Sinne von § 3 Abs. 2 LVO-IM eingestuft werden können, um Quereinsteigern den Erwerb der Laufbahnbefähigung des gehobenen Verwaltungsdienstes zu ermöglichen.

Vertieft wurden auch die Ausführungen zur „Kann“-Anrechnungsvorschrift des § 32 Abs. 1 Satz 2 LBesGBW betreffend die Anerkennung „förderlicher“ Vorzeiten bei der Verbeamtung.

Mit der vorliegenden vierten Auflage kehrt das Werk zum Kohlhammer-Verlag zurück, wo das Werk ursprünglich begründet worden war. Einer der wesentlichen Gründe hierfür ist, dass der Kohlhammer-Verlag einer inhaltlichen Vertiefung und der damit einhergehenden Erweiterung des Werkumfangs offen gegenüberstand.

Mit der vierten Auflage scheidet der Begründer des Werks, mein hochverehrter Kollege Herbert Kienzler, aus der Nennung der Autoren im Titel aus. Dies gibt mir Gelegenheit, mich bei ihm noch einmal sehr herzlich für die hervorragende Zusammenarbeit zu bedanken – und für das Vertrauen, das er mit der Übergabe des Werkes in mich setzt. Ich werde mich stets bemühen, das Werk in seinem Sinne fortzuführen.

Für Anregungen und Verbesserungsvorschläge aus dem Kreis der Leserschaft bin ich immer dankbar. Sie erreichen mich per E-Mail (stehle@hs-kehl.de) oder über meine Homepage (www.personalrecht-leicht-gemacht.de).

Stuttgart, im Februar 2020
Dr. Stefan Stehle

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

Literaturverzeichnis

Kapitel 1 Recht des öffentlichen Dienstes - Beamtenrecht

- I. Begriff des öffentlichen Dienstes
- II. Aufgaben und Bedeutung des öffentlichen Dienstes
- III. Das Berufsrecht des öffentlichen Dienstes

Kapitel 2 Verfassungsrechtliche und gesetzliche Grundlagen

- I. Gesetzgebungszuständigkeit
 1. Gesetzgebungskompetenzen des Bundes
 2. Gesetzgebungskompetenzen des Landes
- II. Rechtsquellen des Beamtenrechts
 1. Verfassungsrechtliche Grundlagen
 2. Europäisches Gemeinschaftsrecht
 3. Beamten-Bundesrecht
 4. Bundesbeamtenrecht
 5. Landesbeamtenrecht
- III. Struktur des Beamtenrechts in Baden-Württemberg
 1. Inhalte des Beamtenstatusgesetzes
 2. Inhalte des Landesbeamtengesetzes
 3. Zusammenspiel von Beamtenstatus- und Landesbeamtengesetz
- IV. Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums
 1. Inhalt und Bedeutung von Art. 33 Abs. 5 GG
 2. Wichtige hergebrachte Grundsätze
 3. Hergebrachte Grundsätze und Modernisierung des Beamtenrechts

Kapitel 3 Grundrechte und Beamtenverhältnis

- I. Geltung im Beamtenverhältnis
- II. Einschränkung einzelner Grundrechte
 1. Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1 GG)
 2. Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG)
 3. Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit (Art. 4 Abs. 1 und 2 GG)
 4. Recht auf freie Meinungsäußerung (Art. 5 Abs. 1 GG)
 5. Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG)
 6. Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit (Art. 9 GG)
 7. Berufsfreiheit (Art. 12 GG)

Kapitel 4 Grundbegriffe des Beamtenrechts

- I. Der Beamte
 1. Beamter im staatsrechtlichen Sinn
 2. Beamter im haftungsrechtlichen Sinn
 3. Amtsträger im Sinn des Strafgesetzbuches
- II. Das Amt
 1. Das Amt im statusrechtlichen Sinn
 2. Das Amt im funktionellen Sinn
- III. Dienstherr und Dienstherrnfähigkeit
- IV. Organe des Dienstherrn
 1. Die oberste Dienstbehörde
 2. Der Dienstvorgesetzte
 3. Der Vorgesetzte

Kapitel 5 Das Beamtenverhältnis

- I. Beamte oder Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst – der Funktionsvorbehalt
- II. Arten der Beamtenverhältnisse
 1. Unterscheidung nach der Person des Dienstherrn
 2. Unterscheidung nach dem Umfang der Bindung
 3. Unterscheidung nach der Dauer der Bindung
 4. Beamte mit besonderer Rechtsstellung

Kapitel 6 Die Begründung des Beamtenverhältnisses

- I. Sachliche Voraussetzungen
- II. Persönliche Voraussetzungen

Kapitel 7 Die Ernennung

- I. Ernennungsfälle
- II. Rechtsnatur und Form der Ernennung
 - 1. Die Ernennung als Verwaltungsakt
 - 2. Die Formgebundenheit der Ernennung
- III. Wirksamkeit der Ernennung
- IV. Zuständigkeit zur Ernennung
 - 1. Landesbeamte
 - 2. Kommunalbeamte
 - 3. Beamte sonstiger Dienstherrn
- V. Ernennungsverfahren
 - 1. Ausschreibung der Stelle
 - 2. Recht auf Beratung und Auskunft
 - 3. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen bei der Ernennung
 - 4. Exkurs: Beteiligung des Personalrats bei Maßnahmen des Dienstherrn
 - 5. Bekanntgabe der Auswahlentscheidung
- VI. Materielle Rechtmäßigkeitsanforderungen an die Ernennung
 - 1. Beachtung des Leistungsprinzips
 - 2. Ausnahmen vom Grundsatz „kein Rechtsanspruch auf Ernennung“
- VII. Rechtsschutz der Mitbewerber
 - 1. Bewerbungsverfahrensanspruch
 - 2. Konkurrentenklage
- VIII. Rechtsverstöße bei Ernennungen - Fehlerfolgen
 - 1. Allgemeines
 - 2. Nichtigkeit der Ernennung
 - 3. Rücknahme der Ernennung
 - 4. Sonstige Rechtsverstöße

Kapitel 8 Das Laufbahnrecht

- I. Allgemeines
- II. Laufbahn- und Laufbahngruppenprinzip

1. Laufbahnprinzip
 2. Laufbahngruppenprinzip
 3. Laufbahngrundsätze
 4. Kritik am Laufbahn- und Laufbahngruppensystem
- III. Alternative Wege zum Erwerb der Laufbahnbefähigung
- IV. Anderer Bewerber
- V. Die Probezeit
1. Allgemeines
 2. Dauer der Probezeit
 3. Kürzungs- und Verlängerungsmöglichkeiten
- VI. Die dienstliche Beurteilung
1. Begriff und Bedeutung
 2. Gesetzliche Regelung
 3. Die Beurteilung der Landesbeamten
 4. Rechtsschutz gegenüber dienstlichen Beurteilungen
- VII. Der Laufbahnwechsel
1. Horizontaler Laufbahnwechsel
 2. Wechsel aus Laufbahnen anderer Dienstherrn
 3. Der Aufstieg

Kapitel 9 Statusrechtliche Änderungen im Beamtenverhältnis

- I. Die Einstellung und erste Verleihung eines Amtes
1. Begriff und Bedeutung
 2. Verleihung eines Amtes
- II. Die Beförderung
1. Begriff und Bedeutung
 2. Beförderungsgrundsätze
 3. Beförderungsverbote und sonstige Einschränkungen
- III. Die Rangherabsetzung
- IV. Der Aufstieg

Kapitel 10 Versetzung, Abordnung und Umsetzung

- I. Unterscheidung der Personalmaßnahmen

II. Die Versetzung

1. Begriff
2. Voraussetzungen
3. Versetzung in ein Amt einer anderen Laufbahn; Versetzung mit Dienstherrnwechsel
4. Versetzung in ein Amt mit geringerem Endgrundgehalt
5. Länderübergreifende Versetzung
6. Eingeschränkte Versetzbarkeit bei bestimmten Beamtengruppen
7. Rechtsschutz

III. Die Abordnung

1. Begriff
2. Voraussetzungen
3. Abordnung zu einer nicht amtsgemäßen Tätigkeit; Abordnung zu einem anderen Dienstherrn; länderübergreifende Abordnung
4. Eingeschränkte Abordnungsmöglichkeit bei bestimmten Beamtengruppen
5. Rechtsschutz

IV. Die Umsetzung

1. Begriff
2. Voraussetzungen
3. Eingeschränkte Umsetzbarkeit bei bestimmten Beamtengruppen
4. Rechtsschutz
5. Änderung des Geschäftsverteilungsplans

V. Die Zuweisung des Beamten zu anderen Einrichtungen

Kapitel 11 Die Beendigung des Beamtenverhältnisses

I. Überblick

II. Die Entlassung

1. Entlassung kraft Gesetzes
2. Entlassung durch Verwaltungsakt
3. Rechtsfolgen der Entlassung

- III. Der Eintritt in den Ruhestand
 - 1. Das Ruhestandsbeamtenverhältnis
 - 2. Eintritt in den Ruhestand kraft Gesetzes
 - 3. Versetzung in den Ruhestand
- IV. Der Verlust der Beamtenrechte
- V. Die Entfernung aus dem Dienst

Kapitel 12 Pflichten und Rechte des Beamten

- I. Pflichten des Beamten
 - 1. Treuepflicht
 - 2. Verfassungstreuepflicht
 - 3. Pflicht zur Unparteilichkeit und Gerechtigkeit
 - 4. Mäßigung bei politischer Betätigung
 - 5. Pflicht zu achtungswürdigem Verhalten
 - 6. Dienstleistungspflicht
 - 7. Beratungs- und Unterstützungspflicht;
Gehorsamspflicht
 - 8. Verschwiegenheitspflicht
 - 9. Leistung des Dienstes
 - 10. Residenzpflicht
- II. Folgen von Pflichtverletzungen
 - 1. Bestrafung nach den Strafgesetzen
 - 2. Disziplinarmaßnahmen
 - 3. Vermögensrechtliche Haftung
 - 4. Personelle Maßnahmen und sonstige Folgen
- III. Rechte des Beamten
 - 1. Recht auf Fürsorge und Schutz
 - 2. Nichtvermögenswerte Rechte
 - 3. Vermögenswerte Rechte

Kapitel 13 Der Rechtsschutz im Beamtenverhältnis

- I. Nichtförmliche Rechtsbehelfe
- II. Förmliche Rechtsbehelfe
 - 1. Die Klage
 - 2. Der Widerspruch

Stichwortverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

A

a. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
a. E.	am Ende
a. M.	anderer Meinung
AbgG	Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg (Abgeordnetengesetz)
AbgG-Bund	Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz)
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AGFGO	Gesetz zur Ausführung der Finanzgerichtsordnung
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AGGVG	Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit
AGVwGO	Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung
AGSGG	Ausführungsgesetz zum Sozialgerichtsgesetz
Anm.	Anmerkung
AnwAufIVVO	Verordnung des Finanzministeriums über Auflagen bei der Gewährung von Anwärterbezügen

AO	Abgabenordnung
APrOVw gD	Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Verwaltungsdienst
APrOVw mD	Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren Verwaltungsdienst
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz (des Bundes)
ArbGG (BW)	Gesetz über die Gerichte für Arbeitssachen (des Landes Baden-Württemberg)
ArbplSchG	Arbeitsplatzschutzgesetz
ArbSchG	Arbeitsschutzgesetz
ArbuR	Arbeit und Recht (Fachzeitschrift)
ArbZG	Arbeitszeitgesetz
arg. e	argumentum e (Schlussfolgerung aus)
Art.	Artikel
Artt.	Artikel (Plural)
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
AzUVO	Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung

B

B.A.	Bachelor
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAT	Bundes-Angestelltentarifvertrag
BayBG	Bayerisches Beamtenengesetz
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter (Fachzeitschrift)
BBesG	Bundesbesoldungsgesetz
BBG	Bundesbeamtenengesetz
Bd.	Band
BDA	Besoldungsdienstalter
BDO	Bundesdisziplinarordnung

BeamtStG	Beamtenstatusgesetz
BeamtVG	Beamtenversorgungsgesetz
BeamtVwV	Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums zur Durchführung beamtenrechtlicher Vorschriften vom 1.4.2016 (Az.: 1-0310.3/57), GABl. S. 281.
BeamtZuVO	Beamtenrechtszuständigkeitsverordnung
BEEG	Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz
Beschl.	Beschluss
BesGr.	Besoldungsgruppe
BesO	Besoldungsordnung
BeurtVO	Beurteilungsverordnung: Verordnung der Landesregierung über die dienstliche Beurteilung der Beamtinnen und Beamten vom 16.12.2014 (GBl. S. 778)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BHW	Beamtenheimstättenwerk
BLV	Bundeslaufbahnverordnung
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMI	Body Mass Index
BMT-G II	Bundesmanteltarifvertrag für Arbeiter gemeindlicher Verwaltungen und Betriebe
BPVG	Bundespersonalvertretungsgesetz
BRL	Beurteilungsrichtlinien: Gemeinsame Verwaltungsvorschrift aller Ministerien über die dienstliche Beurteilung der Beamtinnen und Beamten des Landes vom 30.4.2015 (GABl. S. 178), Az.: 1- 0300.4/114

BRRG	Beamtenrechtsrahmengesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungssammlung des Bundesverwaltungsgerichts
BVO	Beihilfeverordnung
BW	Baden-Württemberg
BWVBl.	Verwaltungsblätter für Baden- Württemberg (Fachzeitschrift)
BZRG	Bundeszentralregistergesetz
bzw.	beziehungsweise

C

ChancenG	Chancengleichheitsgesetz Baden- Württemberg
----------	--

D

d. h.	das heißt
Debeka	Deutsche Beamtenkrankenkasse
ders.	derselbe
DHBW	Duale Hochschule Baden-Württemberg
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DÖD	Der öffentliche Dienst (Fachzeitschrift)
DÖV	Die öffentliche Verwaltung (Fachzeitschrift)
DRG	Dienstrechtsreformgesetz
Drs.	Drucksache
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt (Fachzeitschrift)

E

EG	Europäische Gemeinschaft
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
Erl.	Erläuterung(en)
ErnG	Ernennungsgesetz
ErzUrlVO	Erziehungsurlaubsverordnung
EStG	Einkommensteuergesetz
ESVGH	Entscheidungssammlung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs und des Verwaltungsgerichtshofs Baden- Württemberg
EU	Europäische Union
EuAbgG	Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Europaabgeordnetengesetz)
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EZulVOBW	Erschwerniszulagenverordnung Baden- Württemberg

F

f.	folgende (Seite)
ff.	folgende (Seiten)
FLVO	Finanzlaufbahnverordnung: Verordnung des Finanz- und Wirtschaftsministeriums über die Errichtung von Laufbahnen und weitere Laufbahnvorschriften für den Bereich der Finanzverwaltung vom 23.10.2012 (GBl. S. 574)
Fundstelle	Die Fundstelle (Fachzeitschrift)
Fußn.	Fußnote

G

G	Gesetz
GABl.	Gemeinsames Amtsblatt Baden-Württemberg
GBl.	Gesetzblatt für Baden-Württemberg
gD	gehobener Dienst
GemO	Gemeindeordnung Baden-Württemberg
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GKÖD	Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht (siehe Literaturverzeichnis)
GKV	Gesetz über den kommunalen Versorgungsverband BW
GKZ	Gesetz über kommunale Zusammenarbeit
GPAG	Gemeindeprüfungsanstaltsgesetz
grds.	grundsätzlich

H

h. M.	herrschende Meinung
Halbs.	Halbsatz
hD	höherer Dienst
HNTVO	Hochschulnebenberufungsverordnung
Hrsg.	Herausgeber

I

i. V. m.	in Verbindung mit
IM	Innenministerium
i. S. d.	im Sinne des/der

J

JArbEhrStärkGBW	Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes in der Jugendarbeit
JURA	Juristische Ausbildung (Fachzeitschrift)

JuS Juristische Schulung (Fachzeitschrift)

K

KPD Kommunistische Partei Deutschlands
KSchG Kündigungsschutzgesetz
K.u. U. Kultus und Unterricht (Amtsblatt des Kultusministeriums Baden-Württemberg)

L

LBeamtVGBW Landesbeamtenversorgungsgesetz Baden-Württemberg
LBesGBW Landesbesoldungsgesetz Baden-Württemberg
LBesO Landesbesoldungsordnung (vgl. die Anlagen 1 bis 5 zum LBesGBW)
LBG Landesbeamtengesetz Baden-Württemberg
LDG Landesdisziplinalgesetz
LDSG Landesdatenschutzgesetz
LFGG Landesgesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit
LGebG Landesgebührengesetz
LHG Landeshochschulgesetz
LHO Landeshaushaltsordnung
lit. litera (Buchstabe)
LKrO Landkreisordnung Baden-Württemberg
LNTVO Landesneben tätigkeitsverordnung
LPA Landespersonalausschuss
LplG Landesplanungsgesetz
LPVG Landespersonalvertretungsgesetz
LRKG Landesreisekostengesetz
LTGVO Landestrennungsgeldverordnung
LUKG Landesumzugskostengesetz

LV BW	Landesverfassung Baden-Württemberg
LVO	Laufbahnverordnung
LVO-Eich	Laufbahnverordnung eichtechnischer Dienst: Verordnung des Finanz- und Wirtschaftsministeriums über die Einrichtung von Laufbahnen des eichtechnischen Dienstes vom 1.7.2014 (GBl. S. 368)
LVO-IM	Laufbahnverordnung des Innenministeriums: Verordnung des Innenministeriums über die Einrichtung von Laufbahnen vom 9.7.2013 (GBl. S. 221)
LVO-JuM	Laufbahnverordnung des Justizministeriums: Verordnung des Justizministeriums über die Einrichtung von Laufbahnen vom 5.11.2014 (GBl. S. 614)
LVO-KM	Laufbahnverordnung des Kultusministeriums: Verordnung des Kultusministeriums über die Laufbahnen seines Geschäftsbereichs vom 10.1.2012 (GBl. S. 13)
LVO-MLR	Laufbahnverordnung des Landwirtschaftsministeriums: Verordnung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz über die Einrichtung von Laufbahnen vom 11.4.2014 (GBl. S. 220)
LVO-MVI	Laufbahnverordnung des Verkehrsministeriums: Verordnung des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur über die Einrichtung von Laufbahnen vom 7.7.2014 (GBl. S. 443)

LVO-MWK	Laufbahnverordnung des Wissenschaftsministeriums: Verordnung des Wissenschaftsministeriums über die Einrichtung von Laufbahnen und weitere Laufbahnvorschriften für den Wissenschafts- und Kunstbereich vom 21.11. 2014 (GBl. S. 694)
LVOPol	Polizei-Laufbahnverordnung: Verordnung des Innenministeriums über die Einrichtung von Laufbahnen der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten vom 26.11.2014 (GBl. S. 736)
LVO-SM	Laufbahnverordnung des Sozialministeriums: Verordnung des Sozialministeriums über die Einrichtung von Laufbahnen vom 24.11.2014 (GBl. S. 713)
LVO-UM	Laufbahnverordnung des Umweltministeriums: Verordnung des Umweltministeriums über die Einrichtung von Laufbahnen vom 26.11.2014 (GBl. S. 743)
LVwVfG	Landesverwaltungsverfahrensgesetz
LVwZG	Landesverwaltungszustellungsgesetz
M	
mD	mittlerer Dienst
MTArb	Manteltarifvertrag für Arbeiterinnen und Arbeiter des Bundes und der Länder
MuSchVO	Mutterschutzverordnung
mwN	mit weiteren Nachweisen
N	
NJW	Neue Juristische Wochenschrift

	(Fachzeitschrift)
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
Nr.	Nummer
Nrn.	Nummern
NRW	Nordrhein-Westfalen
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht – Rechtsprechungsreport (Fachzeitschrift)
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-RR	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht (Rechtsprechungs-Report)
O	
ÖGDG	Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst Baden-Württemberg
OVG	Oberverwaltungsgericht
P	
PersV	Die Personalvertretung (Fachzeitschrift)
R	
RiA	Recht im Amt (Fachzeitschrift)
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
S	
S.	Seite
SchwVwV	Gemeinsame Verwaltungsvorschrift aller Ministerien und des Rechnungshofs über die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in der Landesverwaltung vom 24.6.2013 (GABl. S. 322), Az.: 32-5116- 128.1.

SchGBW	Schulgesetz für Baden-Württemberg
SGB (z. B.) IX	Sozialgesetzbuch (z. B.) Neuntes Buch
SGG	Sozialgerichtsgesetz
sog.	sogenannte, sogenannter
SRH	Stiftung Rehabilitation Heidelberg
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
str.	streitig

T

ThürVBl	Thüringer Verwaltungsblätter (Fachzeitschrift)
TV-L	Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder
TVöD	Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst
TzBfG	Teilzeitbeschäftigungs- und Befristungsgesetz

U

u. a.	unter anderem
Urt.	Urteil
usw.	und so weiter

V

v.	vom
VA	Verwaltungsakt
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden- Württemberg (Fachzeitschrift)
VerfGH	Verfassungsgerichtshof
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung

VV	Verwaltungsvorschrift(en)
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwV	Verwaltungsvorschrift(en)
VwV-Beurteilung Pol	Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über die dienstliche Beurteilung der Beamten und Beamtinnen des Polizeivollzugsdienstes vom 21.12.2010 (GABl. 2011, S. 2), Az.: 3-0300.4/97
VwV-LBG	Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums zur Durchführung des LBG
W	
WRV	Weimarer Reichsverfassung
Z	
z. B.	zum Beispiel
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht
ZDG	Zivildienstgesetz
ZfPR	Zeitschrift für Personalrecht
Ziff.	Ziffer
ZTR	Zeitschrift für Tarifrecht

Literaturverzeichnis

Battis, Bundesbeamtengesetz, Kommentar, 5. Aufl., 2017;
zitiert: Battis

Dietlein/Pautsch, Beck'scher Onlinekommentar
Kommunalrecht Baden-Württemberg, 6. Edition, Stand:
1.5.2019;
zitiert: BeckOK KommunalR/Bearbeiter

Claussen/Janzen, Bundesdisziplinarordnung, Kommentar,
8. Aufl., 1995;
zitiert: Claussen/Janzen

Eckstein/Kastner/Klein-Erwig/Vögt, Landesbeamtengesetz
Baden-Württemberg, Kommentar, 2016;
zitiert: Eckstein/Kastner/Klein-Erwig/Vögt

Eckstein/Kastner/Vögt, Dienstrecht für Polizeibeamte in
Baden-Württemberg, 2011;
zitiert: Eckstein/Kastner/Vögt

Fürst (Hrsg.), Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht
(Loseblattausgabe);
zitiert: Bearbeiter in GKÖD

Katz, Staatsrecht, Grundkurs im öffentlichen Recht, 19.
Aufl., 2019;
zitiert: Katz

Kingreen/Poscher, Grundrechte – Staatsrecht II, Lehrbuch,
34. Aufl., 2018;
zitiert: Kingreen/Poscher

Kopp/Ramsauer, Verwaltungsverfahrensgesetz Kommentar,
20. Aufl., 2019;
zitiert: Kopp/Ramsauer

Kunze/Bronner/Katz, Gemeindeordnung für Baden-
Württemberg, Kommentar (Loseblattausgabe);
zitiert: Kunze

Leppek, Beamtenrecht, Lehrbuch, 13. Aufl., 2019;
zitiert: Leppek

- v. Mangoldt/Klein/Starck*, Kommentar zum Grundgesetz, 7. Aufl., 2016;
zitiert: v. Mangoldt/Klein/Starck
- Müller/Beck/Danner/Gelhaar/Heinz*, Das Beamtenrecht in Baden-Württemberg, Kommentar (Loseblattausgabe);
zitiert: Müller/Beck
- Plog/Wiedow/Beck/Lemhöfer*, Bundesbeamtengesetz, Kommentar (Loseblattausgabe);
zitiert: Plog/Wiedow
- Reich*, Beamtenstatusgesetz, Kommentar, 3. Aufl., 2018;
zitiert: Reich
- v. Roetteken/Rothländer*, Beamtenstatusgesetz, Kommentar (Loseblattausgabe);
zitiert: v. Roetteken/Rothländer
- Rooschüz/Bader (Hrsg.)*, Landespersonalvertretungsgesetz für Baden-Württemberg, Kommentar, 16. Aufl., 2019;
zitiert: Rooschüz/Bader
- Scheerbarth/Höffken/Bauschke/Schmidt*, Beamtenrecht, 6. Aufl., 1992;
zitiert: Scheerbarth/Höffken
- Schmidt-Aßmann/Schoch (Hrsg.)*, Besonderes Verwaltungsrecht, 14. Aufl., 2008;
zitiert: Bearbeiter in Schmidt-Aßmann
- Schmitt Glaeser/Horn*, Verwaltungsprozessrecht, Lehrbuch, 16. Aufl., 2013;
zitiert: Schmitt Glaeser
- Schoch/Schmidt-Aßmann/Pietzner*, Verwaltungsgerichtsordnung, Kommentar (Loseblattausgabe);
zitiert: Schoch VwGO
- Schnellenbach/Bodanowitz*, Beamtenrecht in der Praxis, 9. Aufl., 2017;
zitiert: Schnellenbach/Bodanowitz
- Schweickhardt/Vondung/Zimmermann-Kreher*, Allgemeines Verwaltungsrecht, Lehrbuch, 10. Aufl., 2018;
zitiert: Schweickhardt/Vondung/Zimmermann-Kreher

Urban/Wittkowski, Bundesdisziplinargesetz, 2. Aufl., 2017;

zitiert: Urban/Wittkowski

Wichmann/Langer, Öffentliches Dienstrecht, 8. Aufl., 2017;

zitiert: Bearbeiter in Wichmann/Langer

Ziekow, Verwaltungsverfahrensgesetz, Kommentar, 4. Aufl., 2019;

zitiert: Ziekow

Kapitel 1 Recht des öffentlichen Dienstes - Beamtenrecht

I. Begriff des öffentlichen Dienstes

1 Der Begriff **öffentlicher Dienst** wird sowohl im allgemeinen Sprachgebrauch als auch in zahlreichen Rechtsvorschriften (z. B. Art. 33 Abs. 4 und 5 GG, Art. 77 LV, § 60 LBG) verwendet. Eine allgemeingültige Definition kann es daher nicht geben. Soweit er in Rechtsnormen vorkommt, sind Sinn und Zweck des jeweiligen Gesetzes zur Auslegung heranzuziehen. Im Regelfall bezeichnet man als öffentlichen Dienst die **Tätigkeit im Dienst einer juristischen Person des öffentlichen Rechts**. Zum öffentlichen Dienst zählen danach¹ alle berufsmäßig beim Bund, bei den Ländern, den Landkreisen, Gemeinden und sonstigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts beschäftigten Personen². Für die Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst ist somit nicht auf die vom Bediensteten wahrgenommene Tätigkeit – etwa deren öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Natur – abzustellen; maßgeblich ist vielmehr die **Rechtsform des Dienstherrn bzw. Arbeitgebers**. Damit sind **Angehörige des öffentlichen Dienstes** alle **Beamten, Richter, Berufssoldaten** sowie alle **Arbeitnehmer im Dienst einer juristischen Person des öffentlichen Rechts**. So ist etwa ein Bediensteter eines Landkreises oder eines gemeindlichen Eigenbetriebs im öffentlichen Dienst beschäftigt (denn der Eigenbetrieb besitzt keine eigene Rechtspersönlichkeit; Arbeitgeber bzw. Dienstherr des dortigen Personals ist die Gemeinde). Dagegen zählen die Arbeitnehmer eines kommunalen